

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 62.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 6. Februar 1909.

Druckpreis: In Halle u. Magdeburg 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 7.50 M., für das Halbjahr 13.50 M., für das Jahr 25.00 M. — Halle u. Magdeburg: Druckerei des Verlegers (vormals G. H. Schöler), Halle a. S., Unterwallstraße 11 (Sonntagsblatt), Leipzig, Wittenberg.

Abgabegebühren f. d. bezugsfähige Beilage oder deren Raum f. Halle u. den Gaulei 20 M., auswärts 30 M., Resten am Schluß des Abrechnungszeitraums die Halle 100 M., auswärts 150 M., Expedition in Halle a. S. u. in allen anderen deutschen Abrechnungsstellen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus, Telefon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. 68. Hausnummer. Correspondent: Dr. Walter Gedenleben in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Defauerstraße 14, Telephon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

## Deutsches Reich.

**Des Kaisers Antwort.** Auf das Telegramm der Teilnehmer an dem Festen zu Ehren des deutschen Hofsohns in New-York, Grafen von Bernstorff im Manhattan Club an den Deutschen Kaiser ist von Seiner Majestät folgende Antwort eingegangen:

Herrn Hermann Ritter, New-York: „Staatszeitung.“ Ich danke Ihnen und den Teilnehmern an der für meinen Hofsohn veranstalteten Begrüßungsfest für die in Ihrem Telegramm ausgedrückten freundschaftlichen Gefinnungen, die ich aufrichtig erwidere. Wilhelm I. R.

**Die Nachahmer.** In der Finanzkommission des Reichstages brachte die Generaldirektion über die Nachahmer der Reichspost einen Antrag ein, wonach die Regierung im Falle der Ablehnung derselben ersucht werden soll, einen Gesetzentwurf vorzulegen, auf Grund dessen die Aufbringung des Postbeitrages durch die Bundesstaaten in folgender Weise geregelt werden soll: In den Bundesstaaten ist das Gesamtvermögen nach einheitlichen Grundätzen festzusetzen. Die Umlegung des Postbeitrages auf die Bundesstaaten erfolgt nach Maßgabe des festgestellten Vermögens. Die Bundesstaaten sind verpflichtet, den Betrag durch Besteuerung des Einkommens des Vermögens oder der Erbschaften aufzubringen. Der bayerische und die sächsische Finanzminister und der großherzoglich sächsische Bundesratsbevollmächtigte erklärten diesen Antrag für ihre Staaten für unannehmbar. Nächste Sitzung Sonnabend.

**Die Kommission für das Weingesez** beendet am Freitag ihr Arbeiten. Das Gesetz wird am 1. September 1909 in Kraft treten.

**Neue Schatzverhältnisse.** Dem Reichstage ging der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Festsetzung des höchsten Aufwands zum Reichsbudget für das Rechnungsjahr 1908 zu, wonach der Reichstagler ermächtigt wird, vorübergehend die Festsetzung der öffentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse auf weitere 150 Millionen Mark Schatzverhältnisse anzugeben.

**Das Wahlrecht in Oldenburg.** Der oberste Reichsgerichtsrat in seiner Sitzung am Freitag hat förmlich den Antrag an, den Reichstag zu ersuchen, den Reichstag für die Einführung eines Wahlrechts für die Wahlen zum Landtag zu beauftragen. Damit ist die von dem Reichstag beschlossene Einführung des Wahlrechts für Oldenburg zu Ende gebracht.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetentag.

23. Sitzung vom 5. Februar, 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim, Dr. Feseler, v. Dombrowski.

In Stelle des verstorbenen Abg. Jürgensen wird auf Vorschlag des Abg. Stengel (freisinn.) der Abg. Wöhring (natl.) zum Ersatz ernannt.

Es folgt die erste Lesung des Entwurfs zur Erhöhung des Grundkapitals der Zentralgenossenschaftskasse.

Der Entwurf enthält eine Erhöhung dieses Grundkapitals um 20 Millionen Mark.

Interpellationsredner v. Dombrowski begründet die Vorlage unter gleichzeitiger Darlegung der Entwidlung des deutschen Genossenschaftswesens.

**Abg. Feseler (natl.):** Wohl niemand hat die großartige Entwicklung der Zentralgenossenschaftskasse gekannt. Diese Entwicklung verdanken wir dem uneigennütigen Arbeiten vieler in den ländlichen Genossenschaften stehender Herren. Man hat die Erhöhung des Grundkapitals mit der Entwidlung des deutschen Genossenschaftswesens in Verbindung gebracht. Die Mittel zur Erhöhung des Grundkapitals ist notwendig, aber nur unter gewissen Voraussetzungen. Mit Interd. bezieht man sich auf die Genossenschaftskassen die Sparkassen schädigen. Wir müssen uns, immer weitere Schritte zu den Genossenschaften beantragen. Neuerdings haben wir sogar Kinderpartien festgestellt. Ich beantrage Verweisung an die Budgetkommission. Wir freuen uns, daß die Genossenschaften jetzt einig sind. Wir wollen gern mit Männern zusammenarbeiten, die zwar andere politische und wirtschaftliche Ansichten haben als wir, deren große Tätigkeit, Opferwilligkeit und Verdienste wir aber hochachten und gern anerkennen. (Beifall rechts.)

**Abg. Feseler (natl.):** Die Erhöhung des Grundkapitals ist mit Rücksicht auf das Handwerf für geboten. Besonders die Betriebsgenossenschaften verdienen höchste Förderung. Trifft diese nur mit der Vorlage ein, dann bräufte sich das Handwerk nicht aus dem hohen Distort der Großbanken zu fähigern.

**Abg. Dr. Friesberg (natl.):** Die Bedeutung der Zentralgenossenschaftskasse für das Handwerk hätte am Besten durch die Fälle hervorgehoben werden können. Trotz mancher Bedenken sind wir mit der Vorlage einverstanden. Die Gegenstände zwischen den Genossenschaften müssen verschwinden. Der hier und da noch vorhandene funktionelle Vorwurfsmaß muß beseitigt werden.

**Abg. Dr. Gröger-Dagen (fr. Rp.):** Wir haben es hier mit einer in sich wenig geschlossenen und den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen nicht immer entsprechenden Vorlage zu tun. Bei der Zentralgenossenschaftskasse kommt, um ein gefügiges Wort zu gebrauchen, alles immer anders. Ursprünglich als Geldeauswärtige gedacht, ist sie schließlich zu etwas ganz anderem geworden als zu einem Zinsregulator. Von der Zentralgenossenschaftskasse sind zwar viele Genossenschaften gegründet worden, aber die meisten von ihnen sind nicht lebensfähig. Die Preussische ist fast ganz. Mit der Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission sind wir einverstanden. Von unserm Standpunkt aus sind Genossenschaftskassen aus haben wir keinen Anlaß, das für die Vorlage besonders zu erwidern. Vom Ausfluß der Kommissionsberatung machen wir unsere endgültige Stellung abhängig.

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Dr. Seiffenhardt berichtet, daß die Genossenschaftskasse das Interesse der Hand-

werker nicht aus dem Auge verliere. Man darf freilich nicht vergessen, daß sich Handwerker und Arbeiter in verschiedenen Zusammenhängen. An den nähen Abfertigungen hat es bei uns nie gefehlt. Die Dr. Gröger angeführt der vorliegenden Bilanz die ungeheure Beauftragung ausstellen konnte, die Zentralgenossenschaftskasse sei fast ganz, bleibt unerschütterlich; kein zweites Geldtreibmittel findet sich in so günstiger Lage. (Beifall.)

**Abg. Dr. Knebel (freisinn.):** Abg. Gröger ist den Beweis für seine Behauptung, die Preussische habe nicht als Zinsregulator gewirkt, schuldig geblieben. Zwischen den ländlichen und städtischen Genossenschaften besteht Solidarität. Dr. Gröger sollte seinen Einfluß dahin geltend machen, daß diese Solidarität gefördert wird.

**Abg. Arsch (natl.):** Einigen Genossenschaften ist vorgeworfen, sie hätten politischen Charakter. Welche sollen das sein? Rindliche sind es jedenfalls nicht. Diese stehen zwar allgemein auf christlichen und konigstreuen Boden, aber das kann man doch nicht politisch nennen. Reichlich können die bei den ländlichen Genossenschaften geltenden Grundsätze der Kreditverleihung bei den Klassen des allgemeinen Verbandes angenommen werden. Ich vertraue, die Kommissionsberatung wird uns zur Befriedigung führen. (Beifall rechts.)

Nach kurzer weiterer Debatte geht die Vorlage an die Budgetkommission. **Abg. Schiffer (natl.)** Vorlegung. Es sei nicht erwünscht, die allgemeine Verweisung über den Justiztag zu verhindern. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte beschließt das Haus, zumal morgen für die Budgetkommission ein voller Arbeitstag geschaffen werden soll, die allgemeine Verweisung des Justiztags fortzusetzen.

**Abg. Dr. Bierd (freisinn.):** Sparmaßregeln ist gut, aber sie darf nicht übertrieben werden. Wollen wir die Amtskriterien festhalten, so dürfen wir auch einige Unkosten nicht scheuen. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse besorgt die Zahl der Prozesse und das führt wieder zu einer Vermehrung der Richter. Reichlich ist ersichtlich zu prüfen, so nicht auch bei den Richtern eine Vergebung von Arbeitskräften stattfindet. Telefon, Stenographie und Schreibmaschine müssen im Gerichtsgebäude noch viel mehr ihren Platz halten. (Beifall.)

Der Antrag des Abg. v. Popenheim (natl.) beschließt das Haus nunmehr Vorlegung auf Sonnabend 1 Uhr. — Schluß 4 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

190. Sitzung vom 5. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Weichmanns-Höllweg, Dornau.

Eingegangen ist ein letzter Nachtragset.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die allgemeinen Rechnungen für die Jahre 1903 und 1904.

**Abg. Ulrich (Soz.)** lenkt die Aufmerksamkeit auf die vorkommenden Fonds-Verwicklungen. Diese liegen nicht bloß vor, wie die Natur, wie die Wahrheit der Kommission angenommen habe. Es handle sich vielmehr um objektive falsche Buchungen, die auf Staatsüberschreitungen an der einen Stelle auf Kosten der anderen hinauslaufen. In dem einen Falle betrage die Fonds-Verwicklung nur über 600 000 Mark, in einem anderen über 900 000 Mark, die sich allerdings auf viele Einzelheiten verteilen. Bei der Militärverwaltung allein lägen 900 000 Markverwicklungen vor. Da heißt es: nachsehen, wo der Fehler liegt. Wenn jüngere Beamte, wie man erklärt habe, die Schuld tragen, so sei das keine genügende Entschuldigung.

Unterstaatssekretär im Schachme Zweite: Der Behauptung einer objektiven Bilanz bei diesen Fondsverwicklungen muß ich entschieden widersprechen. Auch wir können dem Bunde bei, daß diese Verwicklungen künftig möglichst vermieden werden. Aber sie, wie die Staatsüberschreitungen, unterliegen ja auch der nachträglichen Genehmigung des Reichstages.

Nach kurzer weiterer Debatte werden die Rechnungsvorlagen in zweiter Lesung für erledigt erklärt und Entlassung erteilt. Weiter steht auf der Tagesordnung die Weiterberatung der Rechnungsbücher für die Schatzkassen für 1904.

Die Debatte über bereits neulich geschlossen worden. Abgeordnet wird zunächst über den Antrag Erbacher gegen Zentrum und Sozialdemokraten abgelehnt.

Gemäß dem Antrage der Budgetkommission werden sodann die außerordentlichen Ausgaben und die Staatsüberschreitungen genehmigt.

Ueber den ferneren Antrag der Kommission, die nachgeforderte Indemnität für die Staatsüberschreitungen infolge der Berechnungen für die Bahn Bindud-Nachholz zu erteilen, wird namentlich abgelehnt. Die Indemnität wird mit 190 gegen 122 Stimmen beschlossen.

Sodann wird die Beratung des

**Ents des Reichstages des Innern**

fortgesetzt. Zu den gestern mitgeteilten zwölf Resolutionen ist noch eine Resolution Wassermann hinzugekommen betr. Vorgelegener einer Denkschrift über die Abkommenverhandlungen von 1903.

**Abg. Ring (Rp.):** Wir hoffen, daß der Staatssekretär durch eine vernünftige Mittelstandsposition aus denjenigen Ständen helfen wird, die bisher in der Gesetzgebung etwas vernachlässigt wurden. Arbeiterfürsorge und Mittelstandsposition schließen sich nicht aus. Mit Herrn Trimborn würden wir für die Abkommenverhandlungen die Ermäßigung der Selbstversicherung für bessere Regelung des Subsidienwesens, vermehrte Rücksichtnahme bei Vergütung von Arbeiten auf das Handwerf. Für die Kritik, die Herr Sod an unserer Sozialpolitik geübt hat, liefern die tatsächlichen Verhältnisse keinen Grund. Die Sozialdemokratie lebt eben nur von der Ungleichheit, von der Ver-

teilung. Solange Rudan hat daher Recht, wenn er sagt, durch nicht nur der Sozialpolitik mehr gehandelt, als durch solche berufliche Kritik. (Beifall.) Der Staatssekretär hat sich in der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit als treuer Freund der Arbeiter erwiesen, und wir hoffen, er wird auch ferner an den großen Traditionen seines Vorgängers festhalten. Überall wo Tarifverträge angehängt sind, bedeuten sie den Sieg des sozialen Friedens. Für ein Arbeitsamt sind wir grundfähig, aber es erfordert uns als etwas zu übermäßig Einseitigkeit. Die Ortskassen haben sich erwiesen als Institutionen zur Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses. Die Bestimmung, daß die freien Hilfsstellen nicht mehr als gleichberechtigt gelten sollen, ist aufgetaucht. Wir wünschen aber, daß sie nach Möglichkeit in ihrer gegenwärtigen Organisation bestehen bleiben. Im Interesse des unbedingt notwendigen Kooperationsrechts der Arbeiter für das Handwerkliche und das analoge Vorgehen in Ober- und unteren Klassen auf diese Weise. Der Verfassungsfrage der Sozialangelegenheiten werden wir unter warmem Interesse zu. Eine Verabreichung der Altersgrenze für Altersrenten von 70 auf 65 Jahre sollte bald in Erwägung gezogen werden.

**Abg. Schatz (natl.):** Ich empfehle die Resolutionen seiner Partei. Der national-liberalen Resolution auf Ausbau des Handwerkes stimmen wir zu. Dem Staatssekretär danken wir für seine eifrige soziale Tätigkeit. Erfreulich ist, daß endlich das Gesetz über den unautarken Wettbewerb gekommen ist. Den Handwerklern muß die Selbstversicherung ermöglicht werden. Der Resolution auf Einführung der Verhältniswahl bei der Staatsrentenversicherung stimmen wir zu.

**Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:** Es liegt Ihnen bereits ein reiches Material vor. Und trotzdem sind wieder in viele Mängel laut geworden. Es hat doch kein Bedenken, immer Jahr für Jahr ein so voller Ertrag von Wünschen hier zusammenzubringen wird. Am Ende konnte der Eindruck entstehen, als geschähe nicht genug. Ich möchte wieder sagen, daß durch ein Moment der Verwirrung in das Land getragen wird. Es sind Mängel für das Handwerfliche laut geworden. In diesen Einflüssen kommt eine neue Forderung zur Folge. Diese sind eingeleitet worden. Ich hoffe aber, daß dies in nächsten Jahre gegeben wird. Es liegt weiter eine Resolution bezüglich der Großindustriellen vor. Aber § 120e der Gewerbeordnung trifft schon allgemeine sanitäre Vorschriften. Es haben uns einflussreiche Kräfte, darüber noch in unserer höchsten Besorgnis, die Ordnung hinausgehen. Und was die Arbeiter in dieser Schwebelinie anlangt, so sind wir darüber doch noch nicht genau genug unterrichtet. Es ist gerade auch mit Rücksicht auf die Verordnung, hierfür die nötigen Unterlagen zu beschaffen, durch entsprechende Angaben für jeden einzelnen Arbeiter in den Lohn- und Gehaltsverhältnissen. Die Arbeiter in dieser Hinsicht einer übermäßigen Arbeitszeit hingewirkt werden. Auch wenn die Unternehmer selbst dadurch auf etwaige übermäßige Arbeitszeit aufmerksamer gemacht werden. Ein Gesetz über Privatwohner-Versicherung ist in Bearbeitung. Bei Neuordnung der Arbeitszeit im Handelsbetriebe wird differenzieren werden müssen zwischen Arbeiter und Kaufmannsvertretern. Daß Kaufmannsvertreter die Verhältnisse des Mittelstandes des Kleinhandelsstandes. Geben wir dem Staat, so geben wir uns vielleicht wieder eine Krüge des Abg. Camp wegen zu vieler Enquêtes zu. (Seitensfreiheit.) Weiter wünscht man das Recht der Berufsvereinigungen geregelt zu wissen. Reichlich haben die Tarifverträge neuerdings nicht angeht, darüber noch in unserer höchsten Besorgnis, die Organisation werden dabei das treibende Element. Die Frage ist dadurch praktisch weiter gefahrt worden. Geben wir, wie sich bei uns die Tarifverträge entwickelt haben, so glaube ich, daß es einer gesetzlichen Regelung dringlich nicht bedarf. Wir würden damit wohl nur die natürliche Entwicklung aufhalten. Die Arbeitsverhältnisse-Ordnung wird noch in diesem Monat dem Bundesrat vorgehen. (Beifall.) Mein Schreiben über die Arbeiter zu Worte kommen zu lassen. (Beifall.) Aber wie ein dunkler Stern steht über uns die lex Trimborn, die eine baldige Erledigung erfordert. (Seitensfreiheit.) Bei der Staatsrentenversicherung handelt es sich zunächst um Einbeziehung von Gewinne, ländlichen Arbeiter und Kaufmannsvertretern. Daß Kaufmannsvertreter soll zentralisiert werden im Interesse der Beitragsfähigkeit. Die Beiträge werden halbiert werden. Ein bestimmtes Kapitalien soll nicht vorgezogen werden. An einem Band in Danzabreit hat es so bisher gefehlt. Ich brauche da nur an Hölz zu erinnern. Wir haben da vor einer ersten Falsche. Die Verabreichung von Renten ist eine gewisses analoge Erscheinung. (Beifall.) Das sind Wünsche des Kooperationswesens, die ebenso wie andere Wünsche des Kooperationswesens befriedigt werden müssen. (Beifall.) Ich bin der letzte, die Ertragsleistungen des Kooperationswesens zu bezeichnen. Aber erkenne man nicht, daß ein überflüssiges Kooperationswesen große Gefahren birgt? Das heißt der gewisse Individualismus zu Schaden kommt? Ich meine Ihnen da nur Schlagwort: Herrenhandwerk, schwere Linsen, Vorkauf, ferner, wie jeden Herr Schatz erwünscht, Abminderung der Beamten! Sind das nicht Gefahren des individualistischen Kooperationswesens? Es kommt darauf an, daß die berechtigten Sozialisten anfragen, sich gegenseitig zu verstehen. Die Synthese neuer Vorkäufen gegen den Mittelstand und den Arbeiter für diejenigen, die oft schlechter stehen als die Arbeiter (sehr richtig) rechts) haben wir nicht einbringen können. Wir wollen das bei weiteren Beratung im Reichstage überlassen. Der Staatssekretär betont noch einmal den außerordentlichen Laufgang des Berufes. Dazu kommt noch die Hinterbliebenen-Versicherung. Ich bitte gewinnend, wir hätten das Werk gründlicher vorbereiten und später einbringen können. Das das Werk ohne Beiträge in Szene gesetzt wird, daran ist nicht zu denken. Auch ein Staatsausgang wird erforderlich sein. Sollen wir das Ziel in Frieden erreichen? (Schluß.)

**Abg. von Gartinell (Soz.)** spricht über den Spartenparagrafen des Vereinsgesetzes und fordert Abklärung von Widersprüchen.

**Abg. Göttsche (fr. Rp.):** Die Enquete über den Mittelstand soll uns zeitlich genügen, was genau unter Mittelstand zu ver-





